

**TOP 2: Tagesordnung der 973. Sitzung des Bundesrates
am 14. Dezember 2018**

Das Abstimmungsverhalten des Landes wird im Anschluss an die Plenarsitzung auf der Transparenzplattform veröffentlicht, siehe nachfolgende Seiten im pdf-Dokument.



Rheinland-Pfalz

Abstimmungsverhalten des Landes Rheinland-Pfalz in der 973. Sitzung des Bundesrates am Freitag, 14. Dezember 2018¹:

Zustimmung zu den Empfehlungen und Vorschlägen in Umdruck 10/2018 (gemeinsame Abstimmung nach § 29 Absatz 2 GO, sog. „Grüne Liste“).

Zu den weiteren Tagesordnungspunkten:

1. Wahl des Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses

gemäß § 12 Absatz 3 GO BR
Drucksache 566/18

Zustimmung zum Wahlvorschlag.

2. Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 585/18

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses wurde nicht gestellt.

¹ siehe auch die Erläuterungen am Ende des Dokuments

**3. Zehntes Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch
- Schaffung neuer Teilhabechancen für Langzeitarbeitslose auf dem allgemeinen und sozialen Arbeitsmarkt (Teilhabechancengesetz
- 10. SGB II-ÄndG)**

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 586/18
Drucksache 586/1/18

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses wurde nicht gestellt.
Keine Zustimmung zum Fassen der EntschlieÙung gemäß Ziffer 2 in Drs. 586/1/18.

4. Gesetz zur Stärkung der Chancen für Qualifizierung und für mehr Schutz in der Arbeitslosenversicherung (Qualifizierungschancengesetz)

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 605/18
zu Drucksache 605/18

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses wurde nicht gestellt.
Zustimmung zum Fassen der EntschlieÙung gemäß Ziffer 2 in Drs. 586/1/18.

8. Viertes Gesetz zur Änderung des Tierschutzgesetzes

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 598/18
zu Drucksache 598/18
Drucksache 598/1/18

Zustimmung zur Anrufung des Vermittlungsausschusses gemäß Ziffer 1 in Drs. 598/1/18.
Zustimmung zum Fassen der EntschlieÙung gemäß Ziffern 2 bis 6 in Drs. 598/1/18.

11. Gesetz zur steuerlichen Förderung des Mietwohnungsneubaus

gemäß Artikel 105 Absatz 3 GG
Drucksache 607/18

Der TOP wurde abgesetzt.

17. Gesetz zur Ergänzung der Regelungen über die zulässige Miethöhe bei Mietbeginn und zur Anpassung der Regelungen über die Modernisierung der Mietsache (Mietrechtsanpassungsgesetz - MietAnpG)

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 611/18

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses wurde nicht gestellt.

18. Gesetz zur Umsetzung des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 612/18

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses wurde nicht gestellt.

21. Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes, des Energiewirtschaftsgesetzes und weiterer energierechtlicher Vorschriften

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 614/18
zu Drucksache 614/18

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses wurde nicht gestellt.
Zustimmung zum Fassen der Entschließung gemäß Drs. 614/1/18 ohne Ziffer 12.
Keine Zustimmung zum Plenarantrag in Drs. 614/2/18.

23. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches - Aufhebung von § 219a StGB (Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft)

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag der Länder Berlin, Brandenburg, Hamburg, Thüringen und Bremen

Geschäftsordnungsantrag des Landes Berlin
Drucksache 761/17 (neu)
Drucksache 115/1/18

Fortsetzung der Ausschussberatungen.

24. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Deutschen Richtergesetzes (Studien- und Prüfungszeit im Studiengang "Rechtswissenschaft mit Abschluss erste Prüfung")

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 616/18

Überweisungen in die Ausschüsse.

25a. Entwurf einer ... Verordnung zur Änderung der fünfunddreißigsten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung zur Kennzeichnung der Kraftfahrzeuge mit geringem Beitrag zur Schadstoffbelastung - 35. BImSchV)

gemäß Artikel 80 Absatz 3 GG
Antrag des Landes Baden-Württemberg
Drucksache 617/16
Drucksache 604/18

Der TOP wurde abgesetzt.

25b. Entwurf eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes

gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 575/18
Drucksache 575/1/18

Stellungnahme gemäß Drs. 575/1/18 ohne Ziffern 1 bis 7, 12, 16 und 17. Keine Zustimmung zum Plenarantrag in Drs. 575/2/18

25c. Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes

gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 574/18
Drucksache 574/1/18

Stellungnahme gemäß Drs. 574/1/18 ohne Ziffern 5, 6 und 7.

27. Entschließung des Bundesrates - Streichung der Importförderklausel für Arzneimittel im Fünften Buch Sozialgesetzbuch

Antrag des Landes Brandenburg
Drucksache 578/18

Zustimmung zum Fassen der Entschließung.

28. Entschließung des Bundesrates "Fahrgastrechte stärken - Entschädigungsansprüche der Verbraucherinnen und Verbraucher bei Verspätungen und Ausfällen im Flug- und Bahnverkehr automatisieren"

Antrag des Saarlandes
Drucksache 571/18

Zustimmung zum Fassen der Entschließung.

37. Verordnung zur Einführung der Verordnung über mittelgroße Feuerungs-, Gasturbinen- und Verbrennungsmotoranlagen sowie zur Änderung der Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 551/18 (neu)
Drucksache 551/1/18

Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe gemäß Buchstabe A der Drs. 552/1/18 ohne Ziffern 8, 9, 15, 23, 29, 31 bis 34, 51, 53 und 58.
Zustimmung in der Schlussabstimmung und zur Entschließung gemäß Buchstabe C.

41. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 104c, 104d, 125c, 143e)

gemäß Artikel 79 Absatz 2 GG
Drucksache 622/18 (neu)
Drucksache 622/1/18

Zustimmung zur Anrufung des Vermittlungsausschusses gemäß Drs. 622/1/18.

42. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz)

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag des Landes Schleswig-Holstein
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 621/18

Überweisung in die Ausschüsse.

44. Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des strafrechtlichen Schutzes von Kindern

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag des Landes Hessen

Geschäftsordnungsantrag des Landes Hessen
Drucksache 518/18
Drucksache 518/1/18

Fortsetzung der Ausschussberatungen.

45. Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung

gemäß Artikel 106 Absatz 3 sowie Artikel 107 Absatz 1 und Absatz 2 i.V.m. Artikel 143g GG
Drucksache 635/18

Keine Zustimmung zum Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses gemäß Plenarantrag in Drs. 635/1/18.

Zustimmung zum Gesetz.

Zustimmung zum Plenarantrag in Drs. 653/2/18.

46. Gesetz zur Änderung der in das Geburtenregister einzutragenden Angaben

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 636/18

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses wurde nicht gestellt.

47. Viertes Gesetz zur Änderung des Umwandlungsgesetzes

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 637/182

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses wurde nicht gestellt.

Umdruck 10/2018 („Grüne Liste“)

Zu den Punkten 5 bis 7, 9, 10, 12 bis 16, 19, 20, 22, 26, 29 bis 36, 38 bis 40 und 43 der Tagesordnung der 973. Sitzung des Bundesrates am Freitag, dem 14. Dezember 2018, möge der Bundesrat gemäß den vorliegenden Empfehlungen und Vorschlägen beschließen:

I.

Zu den Gesetzen einen Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses nicht zu stellen:

5. Erstes Gesetz zur Änderung des Fleischgesetzes

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 587/18
Ausschussbeteiligung

- AV -

² Die Zuleitung an den Bundesrat ist für den 13. Dezember 2018 vorgesehen.

9. Gesetz zur Anpassung von Finanzmarktgesetzen an die Verordnung (EU) 2017/2402 und an die durch die Verordnung (EU) 2017/2401 geänderte Verordnung (EU) Nr. 575/2013

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 589/18
Ausschussbeteiligung

- Fz -

12. Gesetz zur Errichtung des Sondervermögens "Digitale Infrastruktur" (Digitalinfrastrukturfondsgesetz - DIFG)

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 608/18
Ausschussbeteiligung

- Fz -

14. Fünftes Gesetz zur Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch - Beitragssatzanpassung

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 610/18
Ausschussbeteiligung

- G -

16. Gesetz zum Internationalen Güterrecht und zur Änderung von Vorschriften des Internationalen Privatrechts

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 591/18
Ausschussbeteiligung

- R -

19. Gesetz zur Stärkung des Rechts des Angeklagten auf Anwesenheit in der Verhandlung

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 613/18
Ausschussbeteiligung

- R -

20. Gesetz zur Anpassung der Rechtsgrundlagen für die Fortentwicklung des Europäischen Emissionshandels

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 592/18
zu Drucksache 592/18
Ausschussbeteiligung

- U -

22. Gesetz zur ergänzenden Regelung der statistischen Verwendung von Verwaltungsdaten und zur Regelung der Übermittlung von Einzelangaben zu multinationalen Unternehmensgruppen an statistische Stellen

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 615/18
Ausschussbeteiligung

- Wi -

II.

Den Gesetzen zuzustimmen:

6. Gesetz zur Änderung des Rindfleischetikettierungsgesetzes und milchrechtlicher Bestimmungen sowie zur Aufhebung der Rindfleischetikettierungs-Strafverordnung

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 588/18
Ausschussbeteiligung

- AV -

7. Gesetz zur Neuordnung des Tierzuchtrechts

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG

Drucksache 596/18

Ausschussbeteiligung

- AV -

13. Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/2341 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2016 über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (EbAV) (Neufassung)

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG

Drucksache 609/18

Ausschussbeteiligung

- Fz -

15. Gesetz zur Förderung der Freizügigkeit von EU-Bürgerinnen und -Bürgern sowie zur Neuregelung verschiedener Aspekte des Internationalen Adoptionsrechts

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG

Drucksache 590/18

Ausschussbeteiligung

- R -

III.

Dem Gesetz zuzustimmen und die in der Empfehlungsdruksache unter Buchstabe B angeführte EntschlieÙung zu fassen:

- 10. Gesetz zur fortgesetzten Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten der Länder und Kommunen und zur Regelung der Folgen der Abfinanzierung des Fonds "Deutsche Einheit"**

gemaÙ Artikel 106 Absatz 3 Satz 3, Artikel 106 Absatz 5a Satz 3,
Artikel 106 Absatz 6 Satz 5, Artikel 107 Absatz 2 Satz 1 und
Artikel 143c Absatz 4 GG
Drucksache 606/18
Ausschussbeteiligung - Fz -

IV.

Die EntschlieÙung zu fassen:

- 26. EntschlieÙung des Bundesrates - Teilhabeverfahrensbericht nach Sozialgesetzbuch (SGB IX) Neuntes Buch Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (§ 41)**

Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen
Drucksache 570/18
Ausschussbeteiligung - AIS - FJ -

V.

Gegen die Gesetzentwürfe keine Einwendungen zu erheben:

- 29. Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Transplantationsgesetzes - Verbesserung der Zusammenarbeit und der Strukturen bei der Organspende**

gemaÙ Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 547/18
Ausschussbeteiligung - G - In -

30. Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des BDBOS-Gesetzes

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG

Drucksache 548/18

Ausschussbeteiligung

- In -

31. Entwurf eines Gesetzes zur Revision 3 des Übereinkommens vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher technischer Vorschriften für Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile, die in Radfahrzeuge(n) eingebaut und/oder verwendet werden können, und die Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung von Genehmigungen, die nach diesen Vorschriften erteilt wurden

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG

Drucksache 549/18

Ausschussbeteiligung

- Vk -

VI.

Von der Vorlage Kenntnis zu nehmen:

32. Umweltradioaktivität und Strahlenbelastung im Jahr 2016

gemäß § 164 Absatz 2 StrlSchG

Drucksache 553/18

Ausschussbeteiligung

- U -

VII.

Zu den Vorlagen die Stellungnahmen abzugeben oder ihnen nach Maßgabe der Empfehlungen zuzustimmen, die in der jeweils zitierten Empfehlungsdrucksache wiedergegeben sind:

33. Verordnung zur Änderung eier- und fleischhandelsrechtlicher Vorschriften

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 543/18
Drucksache 543/1/18³
Ausschussbeteiligung

- AV - Wi -

34. Vierundzwanzigste Verordnung zur Änderung der Weinverordnung

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 544/18
Drucksache 544/1/18
Ausschussbeteiligung

- AV -

35. Erste Verordnung zur Änderung der Schweinepest-Verordnung

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 556/18
Drucksache 556/1/18
Ausschussbeteiligung

- AV -

³ Wi empfiehlt Zustimmung ohne Änderungen.

VIII.

Der Vorlage ohne Änderung zuzustimmen:

36. Siebzehnte Verordnung zur Änderung der Aufenthaltsverordnung

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 550/18
Ausschussbeteiligung

- In -

IX.

Entsprechend den Anregungen und Vorschlägen zu beschließen:

38. Benennung eines Mitglieds für den Eisenbahninfrastrukturbeirat

gemäß § 4 Absatz 4 BEVVG
Drucksache 601/18
Ausschussbeteiligung

- Vk -

39. Benennung eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds für den Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen

gemäß § 5 BEGTPG
Drucksache 602/18
Ausschussbeteiligung

- Wi -

43. Neubenennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union

gemäß § 4 Absatz 1 und
§ 6 Absatz 1 und 2 EUZBLG
i.V.m. Abschnitt III der Anlage zu
§ 9 EUZBLG und Abschnitt I der
Bund-Länder-Vereinbarung
Drucksache 500/18

X.

Zu den Verfahren, die in der zitierten Drucksache bezeichnet sind, von einer Äußerung und einem Beitritt abzusehen:

40. Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht

Drucksache 584/18
zu Drucksache 584/18
Ausschussbeteiligung

- R -

Erläuterungen:

Art und Umfang der Mitwirkungsrechte des Bundesrates

Die Länder wirken gemäß Artikel 50 Grundgesetz bei der Gesetzgebung und der Verwaltung des Bundes und in Angelegenheiten der Europäischen Union mit. Art und Umfang der Mitwirkungsrechte richten sich nach der jeweiligen Vorlage. Die häufigsten Vorlagen sind:

a) Gesetzentwürfe der Bundesregierung

Noch bevor sich der Deutsche Bundestag mit einem Gesetzentwurf der Bundesregierung befasst, kann der Bundesrat zu dem Entwurf Stellung nehmen oder keine Einwendungen beschließen. Eine Stellungnahme des Bundesrates wird dem Bundestag dann in der Regel gemeinsam mit dem Gesetzentwurf zugeleitet.

b) Gesetzesbeschlüsse des Deutschen Bundestages

Bei zustimmungsbedürftigen Gesetzen kann der Bundesrat nach der Verabschiedung durch den Bundestag den Vermittlungsausschuss anrufen, dem Gesetz zustimmen oder nicht zustimmen.

Bei nicht zustimmungsbedürftigen Gesetzen kann der Bundesrat den Vermittlungsausschuss anrufen oder das Gesetz passieren lassen. Nach einem abgeschlossenen Vermittlungsverfahren kann der Bundesrat Einspruch gegen ein vom Bundestag beschlossenes nicht zustimmungsbedürftiges Gesetz einlegen oder das Gesetz passieren lassen.

An der Eingangsformel eines Gesetzes lässt sich erkennen, ob es sich nach Auffassung des Urhebers um ein zustimmungsbedürftiges oder nicht zustimmungsbedürftiges Gesetz handelt. Sie lautet entweder "Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen" oder "Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen". Weitere Erläuterungen siehe <http://www.bundesrat.de/DE/aufgaben/gesetzgebung/zust-einspr/zust-einspr.htm>.

c) Gesetzesinitiativen der Länder

Der Bundesrat hat neben Bundestag und Bundesregierung ein Initiativrecht in der Gesetzgebung. Der Bundesrat kann auf Antrag eines oder mehrerer Länder beschließen, einen Gesetzentwurf mit oder ohne Maßgaben (=Änderungen gegenüber der Vorlage) beim Deutschen Bundestag einzubringen.

Weitere Erläuterungen zum Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens sind unter <http://www.bundesrat.de/DE/aufgaben/gesetzgebung/verfahren/verfahren.html> abrufbar.

d) Entschließungsanträge der Länder

Als politische Ergänzung des Initiativrechts kann das parlamentarische Mittel der Entschließung eingesetzt werden. Der Bundesrat kann auf Antrag eines oder mehrerer Länder beschließen, eine Entschließung mit oder ohne Maßgaben zu fassen. Entschließungen sind rechtlich jedoch nicht verbindlich.

e) EU-Vorlagen

Neben einem umfassenden Informationsanspruch hat der Bundesrat die Möglichkeit, der Bundesregierung gegenüber Stellungnahmen zu allen EU-Vorlagen abzugeben, die Länderinteressen berühren. Der Bundesrat kann seine Stellungnahmen auch der EU-Kommission direkt übermitteln.

Erläuterungen zur Mitwirkung in Europäischen Angelegenheiten sind unter <http://www.bundesrat.de/DE/aufgaben/mitwirkung-eu/mitwirkung-eu-node.html> abrufbar.

f) Rechtsverordnungen

Der Bundesrat befasst sich mit Rechtsverordnungen der Bundesregierung oder einzelner Bundesministern, sofern diese zustimmungsbedürftig sind. Einer solchen Verordnung kann der Bundesrat mit oder ohne Maßgaben zustimmen oder ihr die Zustimmung versagen. Der Bundesrat hat zudem ein eigenes Antragsrecht für Rechtsverordnungen. Er kann der Bundesregierung auf Antrag eines oder mehrerer Länder Vorlagen für den Erlass von Verordnungen mit oder ohne Maßgaben zuleiten.

g) Allgemeine Verwaltungsvorschriften

Ebenso wie Rechtsverordnungen sind auch zahlreiche Allgemeine Verwaltungsvorschriften von der Zustimmung des Bundesrates abhängig, wenn durch diese Vorschriften Kompetenzen der Länder berührt werden. Der Bundesrat kann einer solchen Verwaltungsvorschrift mit oder ohne Maßgaben zustimmen oder ihr nicht zustimmen.

h) Berichte der Bundesregierung

Der Bundesrat kann zu einem Bericht der Bundesregierung Stellung oder ihn zur Kenntnis nehmen.

i) Benennungen von Gremienvertretern des Bundesrates

Der Bundesrat hat aufgrund verschiedener Vorschriften die Möglichkeit, Gremienvertreter, z.B. in Bundesanstalten oder EU-Gremien, zu benennen.

j) Verfahren vor dem Verfassungsgericht

Der Bundesrat kann sich zu Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht äußern oder seinen Beitritt erklären.

Ausschussempfehlungen und Plenaranträge, sofortige Sachentscheidung

In der Regel werden alle Vorlagen von den fachlich zuständigen Ausschüssen beraten. Diese geben dem Bundesrat Empfehlungen ab, die in der sog. Empfehlungsdruksache veröffentlicht werden. Die Empfehlungsdruksache hat in der Regel die Ziffer „1“ in der Drucksachenummerierung eingeschoben. Die Grunddruksache 123/14 beispielsweise hat die zugehörige Empfehlung in Drs. 123/1/14.

Der Bundesrat stimmt in der Regel über die einzelnen Ziffern einer Empfehlungsdruksache ab.

Der Bundesrat stimmt weiterhin über Plenaranträge eines oder mehrerer Länder ab. Diese werden ebenfalls in einer Drucksache veröffentlicht; in der Regel werden die Ziffern 2 fortfolgende in die Drucksachenummerierung eingeschoben, beispielsweise Drs. 123/2/14, 123/3/14.

Haben Ausschussberatungen nicht stattgefunden oder sind sie noch nicht abgeschlossen, kann ein Land die sofortige Entscheidung in der Sache beantragen. Der Bundesrat stimmt dann in der Regel zunächst über den Antrag auf sofortige Sachentscheidung ab.

Im Bundesrat wird in der Regel durch Handaufheben abgestimmt. Allgemein stellt der Bundesratspräsident nur die Ja-Stimmen und damit die Mehrheit oder Minderheit fest. Weitere Hinweise zur Stimmabgabe im Bundesrat finden sich unter <http://www.bundesrat.de/DE/bundesrat/br-ple-num/stimmabgabe/stimmabgabe-node.html>.

Die angegebenen **Drucksachen** des Bundesrates sind unter <http://www.bundesrat.de/DE/dokumente/dokumente-node.html> abrufbar.

Inhaltliche Erläuterungen zu allen Tagesordnungspunkten der 970. Plenarsitzung sind unter <http://www.bundesrat.de/SharedDocs/TO/973/download/973-erlaeuterungen.pdf> abrufbar.

Plenarprotokolle sind unter <http://www.bundesrat.de/DE/dokumente/plenarprotokolle/plenarprotokolle-node.html> abrufbar.